

## Regionales

### Die schlesischen Demokratenkongresse von 1848

Walter Schmidt

Die preußische Provinz Schlesien war in der Revolution von 1848 ein Zentrum demokratischer Bestrebungen und konnte sich mit anderen regionalen Schwerpunkten der deutschen achtundvierziger Demokratie wie der Rheinprovinz, Baden und dem Rhein-Main-Gebiet oder Sachsen und Berlin durchaus messen.

Ein entscheidendes Merkmal demokratischer Aktivität war ohne Frage die politische Vereinigung der Kräfte, die für den demokratischen und sozialen Ausbau der angestrebten bürgerlichen Gesellschaft eintraten. In ganz Deutschland setzte der organisatorische Zusammenschluss dieser hauptsächlich von politisch radikalen Elementen des Bildungsbürgertums wie von sogenannten unterbürgerlichen Klassen und Schichten, dem Kleinbürgertum und den proletarischen Elementen in der Stadt sowie den Bauern und Landarbeitern auf dem Lande, getragenen Kräften bereits unmittelbar nach der siegreichen Märzrevolution ein.

Schlesien nahm insofern einen vorderen Platz ein, als die Bildung demokratischer Vereine nicht nur – wie auch anderswo – relativ früh begann, sondern rasch eine weite Dimension erlangte und auch kleinere Städte einbezog. Vor allem aber blieb dieser Prozess nicht auf die Städte beschränkt, sondern erfasste auch das flache Land. Ferner ist das starke Gewicht der sozialen Frage des Proletariats in der demokratischen Bewegung auffällig. Und schließlich entstand in Schlesien eine demokratische Provinzialorganisation, die stärker als anderswo leitend auf die Ausbreitung der demokratischen Bewegung in der ganzen Provinz Einfluss nahm. Es darf nicht übersehen werden, dass die relativ umfassende politische Organisation des Landvolks in Gestalt des schlesischen Rustikalvereins von der städtischen Demokratie initiiert und beeinflusst war.

Erforscht ist die Geschichte der organisierten achtundvierziger Demokratiebewegung in Schlesien jedoch noch keineswegs. Lediglich zu Breslau und Liegnitz sowie zum Rustikalverein liegen Ergebnisse vor.<sup>1</sup> Ange-

---

1 Am besten erforscht ist der Rustikalverein. Siehe Helmut Bleiber: Rustikalverein in Schlesien (RiS) 1848-1849, in: Dieter Fricke u. a. (Hrsg.): Lexikon zur Parteigeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-

sichts dieser Forschungssituation liegt es nahe, einmal die Entwicklung des vielfältigen demokratischen Vereinslebens vor allem in der schlesischen Kapitale etwas genauer zu untersuchen und dabei auch den Provinzialverband der schlesischen Demokraten und seine Leitung in den Blick zu nehmen. Die folgende Studie widmet sich vor allem dem letztgenannten Thema.<sup>2</sup>

### *Der Stand der demokratischen Vereinsgründungen im Juli 1848*

Der Einladung zu einem Provinzialkongress der schlesischen Demokraten, die Ende Juni/Anfang Juli vom „Demokratischen Hauptverein“ in Breslau (DHV) ausging,<sup>3</sup> war die Gründung einer recht beachtlichen Zahl von demokratischen Vereinen vor allem in der Hauptstadt Breslau, aber auch in mehreren größeren Städten der Provinz vorausgegangen. In Breslau hatten sich neben dem zahlenmäßig stärksten und auch führenden DHV und dem ebenfalls mitgliederstarken „Arbeiterverein“ noch neun weitere Organisationen gebildet, die demokratische Ziele auf ihre Fahne geschrieben hatten. Sie verstanden sich zumeist als Filialen des DHV, ja waren nicht selten von dessen Mitgliedern gegründet worden, um ein stärkeres Gegengewicht zum liberalen Konstitutionellen Verein zu schaffen<sup>4</sup>: der sozial orientierte und dem Arbeiterverein nahestehende „Verein

---

1945), Bd. 4, Leipzig 1986, S.110-117; auch in: Helmut Bleiber/Walter Schmidt: Schlesien auf dem Weg in die bürgerliche Gesellschaft. Bewegungen und Protagonisten der schlesischen Demokratie im Umfeld von 1848, Erster Halbbd., Berlin 2007, S.271-280; siehe auch Walter Schmidt: Die schlesischen Rustikalvereine als Ausdruck demokratischer bürgerlicher Organisationsbestrebungen in der Revolution von 1848/49, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 14. Jg., 1965, H. 2, S.239-242. Für die Vereine in Breslau liegen vor: Christian Gürtler: Vereine und nationale Bewegung in Breslau. Ein Beitrag Breslaus für Freiheit und Demokratie in Deutschland, Frankfurt am Main 2003, und Helmut Bleiber: Die Haltung der Parteien gegenüber der Landbevölkerung in der Wahlbewegung im Frühjahr 1848 in Schlesien, in: Bleiber/Schmidt, Schlesien 1848, Erster Halbbd., S.158-169. Für Liegnitz siehe Walter Schmidt: Moritz Matthäi (1809-1864). Ein schlesischer Burschenschaftler und 1848er Demokrat aus Auras, in: Bleiber/Schmidt, Schlesien 1848, Zweiter Halbbd., Berlin 2007, S.262-271.

2 Die folgende Darstellung basiert vor allem auf den in schlesischen Zeitungen, namentlich der demokratischen „Allgemeinen Oder-Zeitung“ (AOZ), der „Breslauer Zeitung“ (BZ) und der konstitutionellen „Schlesischen Zeitung“ (SZ) überlieferten Berichten und Korrespondenzen. Ausgewertet werden konnten auch einige wenige überlieferte Lokalblätter wie das Liegnitzer Organ des demokratischen Vereins „Der Demokrat“.

3 Siehe AOZ, 9.7.1848. Arbeitervereinsitzung vom 6. Juli. In den Zitaten aus zeitgenössischen Quellen wird die Orthografie durchweg modernisiert.

4 Siehe AOZ, 13.5.1848: DHV-Sitzung vom 11.5.1848.

Germania“, der radikal-demokratische „Verein zum goldenen Kreuz“, der „Allgemeine Landwehrverein für Breslau und Schlesien“, der sich für die Rechte der Landwehrmänner einsetzte, ein „Verein der Militärpflichtigen“, der „Verein oder Volksklub zur Stadt Freiburg“, der „Demokratische Studentenverein“, ein „Politischer Bildungsverein“ und ein „Republikanischer Verein“ sowie der „Sozialdemokratische Verein zum goldenen Schwert“. Letzterer stand unter dem Einfluss des Sozialisten F. A. Stilch, der den Ideen Louis Blancs folgte, offen demokratisch-sozialistische Ziele vertrat und Verbindungen zu Kommunisten, namentlich zur „Neuen Rheinischen Zeitung“ hatte. Breslau stellte angesichts seiner Vereinsvielfalt mit 38 mehr als die Hälfte der Delegierten auf dem Provinzialkongress.<sup>5</sup>

In der Provinz hatten sich bis Mitte Juli nachweislich 27 demokratische Vereine in erster Linie in den Bezirksregierungssitzen Liegnitz und Oppeln sowie in erstaunlich vielen Kreisstädten in allen drei schlesischen Regierungsbezirken konstituiert, von denen 16 auf dem Kongress durch gewählte Abgeordnete vertreten waren. Der Bezirksregierungssitz *Liegnitz* verfügte über einen starken Demokratischen Verein, der sich durch ein Manifest, auf das die fünf Delegierten als Richtschnur für ihr Auftreten auf dem Kongress verpflichtet worden waren, bereits politisch klar als sozial-demokratisch profiliert hatte. Der oberschlesische Regierungsbezirkssitz *Oppeln* war durch einen Deputierten des Vereins der Volksfreunde vertreten. In der Kreisstadt *Schweidnitz* hatte sich unter Julius Maria Petery ein Demokratischer Verein mit einem eigenen Organ, dem „Freischütz“, deutlich radikaldemokratisch konsolidiert. Delegierte nach Breslau entsandten auch die unter unterschiedlichen Namen gegründeten demokratischen Vereine in den schlesischen Kreisstädten *Brieg*, *Glogau*, *Grünberg*, *Hirschberg* (aus Hirschberg kamen nicht Delegierte des Politischen Vereins, sondern mit Rosenthal und Weinmann nahmen zwei Demokraten als Vertreter der „demokratischen Partei“ teil), *Neiße*, *Neumarkt*, *Neustadt/Oberschlesien*, *Reichenbach*, *Striegau* und *Trebnitz*. Aber auch in Kleinstädten wie *Wansan* im Kreis Ohlau, *Reichthal* im Kreis Namslau und *Salzbrunn* im Kreis Reichenbach entstandene demokratische Vereine waren durch gewählte Delegierte auf dem Kongress vertreten. Überdies war

---

<sup>5</sup> Über den Kongress informierten am ausführlichsten SZ, 18.7.1848, S.1892f. und Der Demokrat (Liegnitz), Nr. 1, S.11-13, Nr. 3, S.30-32, Nr. 4, S.39f.; ferner AOZ, 18.7.1848; eine umfangreiche Berichterstattung lieferte auch die „Neue Rheinische Zeitung“ (NRhZ), 20.7.1848, S.2; 21.7.1848, S.2f.; 1.8.1848, Beilage, S.1 (hier ein Abdruck der Beschlüsse des Kongresses); kritisch die linksdemokratische Schlesische Chronik (Schles. Chr.), 15.8.1848, S.269f.

festgelegt worden, dass auch Demokraten aus Orten, in denen noch keine Vereine bestanden oder erst in Gründung waren, als Vertreter der „demokratischen Partei“ sich am Kongress beteiligen sollten.<sup>6</sup> So schickten neben der Kreisstadt Hirschberg auch die Kreisstadt *Falkenberg* in Oberschlesien, das seit dem Weberaufstand deutschlandweit bekannte *Peterswaldau* sowie *Mysłowitz/Oberschlesien* und *Jeline* Abgeordnete nach Breslau.<sup>7</sup> Doch waren – aus welchen Gründen auch immer – bei Weitem nicht alle schon gebildeten demokratischen Vereine in Schlesien auf dem Kongress anwesend. Es fehlten die Vereine der Kreisstädte Frankenstein, Lauban, Löwenberg, Namslau, Ohlau, Öls, Ratibor, Steinau und Wohlau ebenso wie die von Friedeberg am Quais, Ottmachau und Ujest.

#### *Der erste Provinzialkongress der schlesischen Demokraten (16. Juli 1848)*

Der Provinzialkongress der schlesischen Demokraten war einer der ersten Regionalkongresse der demokratischen Partei in Deutschland. Er folgte einem Beschluss des ersten deutschen Demokratenkongresses, der vom 14. bis 17. Juni 1848 in Frankfurt am Main getagt hatte. In diesem Beschluss war die alsbaldige (binnen einem Monat) Durchführung von „Kreiskongressen“ zwecks Bildung von sogenannten „Kreisausschüssen“ festgelegt, die die Verbindung zwischen dem Zentralausschuss in Berlin und den Lokalvereinen herstellen sollten.<sup>8</sup> Als Tagungsort war verständlicherweise die Hauptstadt vorgesehen, zumal die Demokratie hier am besten organisiert war. In der Einladung des Breslauer DHV hieß es, dass angesichts der Sammlung der Reaktion ein Zusammenschluss der demokratischen Kräfte aus der ganzen Provinz dringend nötig sei, um den Feinden gewachsen zu sein.<sup>9</sup> Danach befassten sich in der ersten Julihälfte die Breslauer und auch zahlreiche demokratische Vereine in den Provinzstädten mit dem Thema und wählten ihre Deputierten, je nach Mitgliederzahl und wohl auch dem politischen Gewicht entsprechend, von zumeist einem bis zu zwölf Abgeordnete.

Der schlesische „Kreiskongress“, der sich sofort Provinzialkongress nannte, fand am 16. Juli 1848 in Breslau im Saale zum blauen Hirsch statt,

---

6 Siehe *Der Demokrat*, Nr. 3, S.30: „[...] verstärkt durch eine Anzahl gleich gesinnter Männer aus Orten, wo Vereine noch nicht konstituiert sind“.

7 Siehe *Der Demokrat*, Nr. 4, S.39f.

8 Siehe Gerhard Becker: *Das Protokoll des ersten Demokratenkongresses vom Juni 1848*, in: *Jahrbuch für Geschichte*, Bd. 8, Berlin 1973, S.379-405, hier S.388.

9 Siehe AOZ, 9.7.1848: Arbeitervereinsitzung vom 6. Juli.

lag so noch in dem vom Frankfurter Beschluss vorgegebenen Zeitraum von vier Wochen und dauerte nur einen Tag. Versammelt hatten sich 61 Delegierte aus Vereinen in Breslau und 20 Orten der Provinz sowie neun Vertreter der „demokratischen Partei“ aus fünf Orten, in denen noch keine solchen Vereine gegründet worden waren, insgesamt also 70 stimmberechtigte Abgeordnete.<sup>10</sup> In einer Vorberatung am 15. Juli war festgelegt worden, dass Abstimmungen nach der Kopffzahl erfolgen. Den Kongress eröffnete Dr. *Sigismund Asch*, der Vorsitzende des Breslauer Arbeitervereins, der auch zum Präsidenten gewählt wurde; Asch besaß als jüdischer Arzt wegen seiner unentgeltlichen Sprechstunden für Arme große Popularität in der Stadt. Er hatte wesentlichen Anteil daran, dass der Arbeiterverein eine konsequent demokratische Haltung einnahm und trat wiederholt mit „auführerischen“ Reden auf Volksversammlungen auf, weswegen er 1849 zu einem Jahr Festungshaft verurteilt wurde. Seit 1861 Mitglied der Fortschrittspartei, machte er sich als Breslauer Stadtverordneter um die Kanalisation und Wasserreinigung verdient und gehörte der Ärztekammer in Schlesien an.<sup>11</sup> Asch zur Seite standen als Vizepräsidenten die Vereinsvorsitzenden von Liegnitz und Grünberg, Carl Otto Cunerth und Friedrich Wilhelm Levysohn. Als gewählte Sekretäre arbeiteten Hasack aus Neiße, Pulze aus Neustadt, Schneider aus Trebnitz und Kempner aus Reichthal.

Der schlesische Kongress hielt von Anfang an deutlich Distanz zum gesamtdeutschen Demokratenkongress in Frankfurt am Main. Er bestimmte schon bei der Festlegung der Tagesordnung nach Interventionen von Auerbach und Friedmann aus Breslau, „das Manifest des Frankfurter Kongresses *nicht* zur Grundlage der Verhandlungen über die Prinzipienfrage zu machen“.<sup>12</sup> Dabei ging es vor allem um den Beschluss des Frankfurter Kongresses, wonach die demokratische Republik Ziel der Bestrebungen der deutschen Demokratie sein sollte.<sup>13</sup> Dem standen eine große Zahl von Deputierten, namentlich die Breslauer gemäßigten Demokraten, kritisch gegenüber. Auerbach meinte, man könne unter Repu-

---

10 Dazu siehe das „Verzeichnis der vertretenen Vereine und Namen der Deputierten des ersten Kongresses der schlesischen Demokraten in Breslau“, in: *Demokrat*, Nr. 4, S.39f.; auch *SZ*, 18.7.1848, S.1893.

11 Siehe Dagmar Nick: *Jüdisches Wirken in Breslau. Eingeholte Erinnerung: Der Alte Asch und die Bauers*, Würzburg 1998.

12 *SZ*, 18.7.1848, S.1893. Hervorhebung im Original.

13 Siehe Becker, *Erster Demokratenkongress*, S.388: Er hatte „beschlossen zu erklären: Es gibt nur *eine* für das deutsche Volk haltbare Verfassung, die *demokratische Republik*, in welcher die Gesamtheit die Verantwortlichkeit für die Freiheit und Wohlfahrt des Einzelnen übernimmt.“ Hervorhebungen im Original.

blik nur die rote Republik verstehen, was er ablehne.<sup>14</sup> Die Mehrheit der schlesischen Demokraten wollte gerade die Frage der Republik von vornherein offenhalten und sich daher nicht ohne weiteres Frankfurt anschließen. Über die von der Demokratie anzustrebende Staatsform wollten sie nach gründlicher Diskussion selbstständig entscheiden. Unter fast allen führenden schlesischen Demokraten bestand wohl Einigkeit darüber, dass es zumindest taktisch unklug war, die Republik zu diesem Zeitpunkt als aktuelle Forderung in den politischen Kampf einzuführen, wenn die Demokratie das Ohr der Massen, mithin Masseneinfluss gewinnen wollte. Manch einer, der sich als Republikaner verstand und auch bekannte, suchte das strikt demokratische Element in der Forderung nach einer konstitutionellen Monarchie mit der ausdrücklichen Ergänzung „auf breitester demokratischer Grundlage“ zur Geltung zu bringen.<sup>15</sup> Gleichwohl gab es aber auch nicht wenige unter den Breslauer Führungskräften, die wohl aus prinzipiellen Gründen dieser Forderung abhold waren und das ganze Problem eher umgehen wollten.

Der Kongress begann nach der Eröffnung auch sofort mit der Debatte dieser sogenannten Prinzipienfrage. Der vorgelegte Antrag von Breinersdorf (Breslau) wich einer Bestimmung der angestrebten Staatsform, sowohl der Republik als auch der von vielen Demokraten favorisierten konstitutionellen Monarchie auf breitester demokratischer Grundlage, einfach aus, indem er die Volkssouveränität als das eigentlich Wesentliche bei der Neugestaltung von Staat und Gesellschaft in den Vordergrund stellte. Er empfahl daher zu erklären, „*dass die reine ungeteilte Souveränität des Volkes die einzige gültige Basis einer Staatsverfassung setz*“.<sup>16</sup>

Die Anhänger der Republik ließen sich davon jedoch nicht beeindrucken. In einem Amendement fixierte Benecke (Waldenburg) die Gegenposition und forderte, als „die einzig notwendige Staatsform die demokratische Republik“ anzuerkennen. Philipp Hoyoll (Breslau), der sich auch zur Republik bekannte, wollte nur die Ergänzung, dass die Republik auf friedlichem Wege herbeigeführt werden solle, was jede bereits bestehende

---

14 Siehe *Der Demokrat*, Nr. 1, S.13.

15 Siehe zu dieser Problematik v. a. Walter Schmidt: Moritz Elsner und die schlesische 1848er Demokratie, in: Bleiber/Schmidt, *Schlesien 1848*, 2. Halbbd., S.248-250; auch Ders.: Franz Schmidt (1818-1853). Ein achtundvierziger Radikaldemokrat aus Schlesien, in: Helmut Bleiber/Walter Schmidt/Susanne Schötz (Hrsg.): *Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49*, Bd. 1, Berlin 2003, S.677-739, hier S.688.

16 Hierzu und zum Folgenden SZ, 18.7.1848, S.1892f.. Hervorhebungen im Original.

Staatsform ohne weiteres ermögliche. Einen wesentlichen Schritt weiter ging der Liegnitzer Cunerth, der im Sinne des schon genannten Liegnitzer Manifestes statt der „*demokratischen die sozial-demokratische Republik*“ als „Endziel“ demokratischer Bestrebungen erklärt wissen wollte.<sup>17</sup> Das Manifest sah die soziale Republik als Ergebnis eines längeren politischen Kampfes zur Gewinnung der Massen für dieses Ziel.<sup>18</sup> Darauf vereinigten Benecke, Hoyoll und Cunerth ihre Vorschläge zu einem gemeinsamen Amendement, sodass auf dem Kongress die sozial-demokratische Republik als Gegenposition direkt ins Spiel kam.

Von diesen gegensätzlichen Ausgangspositionen aus begann eine „mit größtem parlamentarischen Takte“ geführte dreieinhalbstündige Prinzipiendebatte. Republikbefürworter und Verfechter der allgemeinen Volkssouveränität standen sich eine Zeitlang unversöhnlich gegenüber. Beyse (Verein der Militärpflichtigen Breslau) wollte wenigstens ein Minimum an Demokratie gesichert sehen und plädierte daher für die demokratisch-konstitutionelle Monarchie. Man müsste die Stimmung in der Provinz stärker berücksichtigen, die für die Republik noch nicht reif sei. Cunerth wagte den Generalangriff auf Breinersdorfs verwaschene Position und konterte Beyse. Die sozial-demokratische Republik, richtig begründet, würde durchaus auch in der Provinz Anklang finden. Er beantragte die Wahl einer Kommission, die ein seinem Vorschlag entsprechendes Manifest ausarbeiten und zur Abstimmung vorlegen sollte. Johann Georg Rosenhain (Arbeiterverein Breslau) trat Cunerth bei. Der abstrakte Begriff „Volkssouveränität“ genüge nicht, diese würde ja neuerdings sogar in absolutistischen Staaten anerkannt, „wo man sie dem Herrscher vom Volke übertragen glaube“.

Jetzt stieg Breinersdorf mit einer entschiedenen Ablehnung der Republikforderung ein. Die Republik habe weder in Berlin noch in Frankfurt eine Majorität. In Berlin beharre sogar die äußerste Linke auf der konstitutionellen Monarchie. Die organisierte Demokratie müsse aber die Souveränität des Volkes akzeptieren, dessen Willen die Vertreter in den Parlamenten ausdrückten. Breinersdorf konzentrierte sich voll auf das Argument, wonach die Majorität des Volkes die Republik (noch) nicht wolle. Danach konnte Cunerths Antrag hinsichtlich eines auszuarbeitenden Manifests mehrheitlich abgeschmettert werden; und der Antrag von Breinersdorf rückte wieder ins Zentrum. Robert Schlehan (Breslau) unternahm noch einmal einen Vorstoß für die Anerkennung der Republik, was er für eine

---

17 SZ, 18.7.1848, S.1892.

18 Siehe Der Demokrat, Probeblatt, S.1-4, hier S.4.

moralische Notwendigkeit hielt. Cunerth argumentierte, dass die Monarchie eine wirkliche Gleichberechtigung der Staatsbürger ausschließe und der Sozialismus mehr und mehr Anklang fände. Hermann Brehmer (DVH Breslau) trat wiederum Breinersdorf zur Seite, wiederholte, dass die Staatsform stets den Willen der Majorität des Volkes spiegeln müsse, und plädierte dafür, die Staatsform nicht zu nennen. Karl Friedrich Ansoerge (Glogau) meinte mit deutlich anarchistischen Anklängen schließlich, dass ja auch die Republik noch nicht das Endziel sei, sondern es letztendlich um einen vernünftigen Staat gehe, in dem man gar keine Gesetze mehr brauche.

Am Schluss erhielten nur noch die Antragsteller das Wort: Breinersdorf und Benecke. Volkssouveränität oder Republik standen sich klar und eindeutig gegenüber; Breinersdorf unterstützt von Brehmer, Benecke von Wittenburg (Reichenbach). Benecke befürchtete im Schlussplädoyer, dass die Demokratie bei Verzicht auf die Republikforderung Erbe der alten Politik würde, und blieb fest dabei, dass eine demokratische Partei sich für die Republik aussprechen müsse. Breinersdorf zog nun alle Register und konterte mit dem Argument, dass die Bezeichnung der Staatsform eine leere Phrase und die Volkssouveränität der umfassendere Begriff sei, der höher stehe als die Staatsform. Und er wiederholte die Auffassung, dass ein Demokrat die Meinung der Volksmehrheit zu akzeptieren habe: „*Der ist kein Demokrat, der eine andere Form will als die **Majorität des Volkes.***“<sup>19</sup> Das Volk aber wolle gegenwärtig die Republik nicht; was es einmal wollen werde, müsse abgewartet werden. Diese nicht nur in der Revolution von 1848 vom gemäßigten Demokratismus häufig vorgetragene Argumentation reflektiert zwar richtig den jeweiligen Bewusstseinsstand der Massen, missachtet jedoch, dass die aktive Demokratie auch weiterreichende politische Zielvorstellungen vorzugeben verpflichtet ist, nach denen Einfluss auf die Bewusstseinsentwicklung des Volkes genommen wird.

Breinersdorf überzeugte mehr. Eine bedeutende Mehrheit der Deputierten entschied sich für seinen Antrag. Damit war die Republik als Orientierung der politischen Aktivitäten in der schlesischen Demokratie offiziell vom Tisch. Als gemeinsame Zielsetzung demokratischer Politik war festgelegt: „**die reine und ungeteilte Souveränität des Volkes ist die**

---

19 SZ, 18.7.1848, S.1893. Hervorhebung im Original.

**einzig gültige Basis eines staatlichen Gebäudes**“.<sup>20</sup> Kein Verein, der sich dem Kongress anschließen wolle, so hieß es in der Erklärung, dürfe „in seiner Ansicht darin beschränkt werden [...], in welcher Staatsform er die Geltendmachung dieses Prinzips für möglich halte“.<sup>21</sup> Damit aber war auch der republikanischen und sozialrepublikanischen Propaganda deutlicher Freiraum gegeben.

Der Verlauf der Debatte um das Ziel demokratischer Politik machte deutlich, dass es auf dem Kongress einen starken, nicht zu unterschätzenden republikanischen Flügel gab, sogar die soziale Republik in Vorschlag kam. Doch konnte sich diese sicher nur eine Minderheit umfassende Fraktion nicht gegen eine große Majorität durchsetzen, die sich für Volkssouveränität als Basis einer Staatsverfassung aussprach. Diese allgemeinere, verschiedene Deutungen zulassende Zielsetzung entsprach indes eher dem politischen Bewusstseinsstand der Massen in der Provinz. Mit dieser Losung ließen sich angesichts eines noch weit verbreiteten „gewöhnlichen“, naiven Monarchismus, der von den Konservativen wie auch von rechten Liberalen als ausgesprochener Anti-Republikanismus im Volke zu befestigen gesucht wurde, größere Teile des Volkes für die demokratische Bewegung gewinnen. Diese Zielsetzung verfochten auf der Führungsebene der schlesischen Demokratie vor allem Vertreter eines gemäßigten Demokratismus, während mit der Republikforderung oft eine radikalere, revolutionär gestimmte Richtung im demokratischen Lager sich artikulierte. Das bedeutete allerdings nicht, dass es nicht auch unter den Anhängern des Volkssouveränitätskonzepts radikale Revolutionäre gab. Auf jeden Fall aber ließ dieses Konzept in gewissen Grenzen ein Zusammengehen mit den Konstitutionellen zu, erschwerte also einen klaren und endgültigen Bruch mit dem bürgerlichen Liberalismus.

Die radikal-demokratische „Schlesische Chronik“ übte darum wohl scharfe Kritik an der Prinzipienklärung des Kongresses.<sup>22</sup> Sie konstatierte einen Bruch in der demokratischen Bewegung und wertete die Prinzipienklärung als Sieg einer Vermittlungspartei, wodurch eine klare Abgrenzung vom Konstitutionalismus und Liberalismus zumindest erschwert, wenn nicht gar verhindert werde. Deshalb sei auch die Zentralisation der demokratischen Partei in Schlesien nicht gelungen; denn „es

---

20 Beschlüsse des am 16. Juli 1848 in Breslau abgehaltenen ersten Kongresses der schlesischen Demokraten, in: *Der Demokrat*, Nr. 3, S.30. Hervorhebung im Original.

21 Ebenda.

22 Siehe hierzu: *Schles. Chr.*, 15.8.1848., S.269f.: Die Zentralisationsversuche der demokratischen und der konstitutionellen Parteien mit besonderer Rücksicht auf die schlesischen Vereine. Hervorhebung im Original.

haben sich Vereine *verbunden*, aber es fehlt ihnen eine bestimmte gemeinschaftliche Basis; es kann nicht jeder Verein die volle ungeschwächte Überzeugung, nicht die volle ungeteilte Mitwirkung einsetzen. Es bleibt für jedes Glied immer noch ein partikuläres Gebiet, auf dem es sich mit stillen Reservationen und Hintergedanken bewegen kann“. Die Vereine seien jetzt zwar „äußerlich organisiert, aber es fehlt die völlige Übereinstimmung der politischen Überzeugung gerade in denjenigen Fragen, die am nächsten liegen“. Eine wirkliche Vereinigung könne nur erreicht werden, wenn dem „ein bestimmtes, unzweideutiges und vollständiges Programm [...] zugrunde liegt“. Dazu müsse die „offene Frage der Staatsform geschlossen“ werden.

Die Debatte um die Ziele demokratischen Kampfes bewegte sich – sieht man einmal ab vom Cunerthschen Vorschlag „sozialdemokratische Republik“ – in der rein politischen Sphäre und auf einem recht abstrakten theoretischen Niveau. Vor allem die massiven sozialpolitischen Forderungen der Mehrheit der Bevölkerung, die immer noch auf dem Lande lebte, also die Beseitigung sämtlicher noch bestehender Feudallasten, blieben gleichsam außen vor. Die demokratische Bewegung an der Basis, in mehreren Provinzstädten, war Mitte Juli schon einen entscheidenden Schritt weiter gegangen. Dort hatte man längst begonnen, durch Filialvereine in den umliegenden Dörfern die organisierte Demokratie auf dem Lande Fuß fassen zu lassen. Die Einbeziehung der Landbevölkerung, von den Bauern bis zu den Landarbeitern, in die demokratische Bewegung durch Wahrnehmung ihrer unmittelbaren ökonomisch-sozialen Interessen war Erfolg versprechender, Massen für die Demokratie zu mobilisieren. Dieser Weg mündete nicht zufällig in die Gründung einer selbstständigen demokratischen Landvolkorganisation, der schlesischen Rustikalvereine.

Der schlesische Demokratenkongress konnte allerdings ein anderes brisantes soziales Thema nicht eskamotieren, die sogenannte soziale Frage, die mit der Entstehung des Proletariats aufgekommen war. Die Elendslage großer Teile der Unterschichten bewegte seit einem halben Jahrzehnt die breite Öffentlichkeit; auch hatte sich das Proletariat in ersten Widerstandsaktionen gegen die soziale Not artikuliert. Die Beschäftigung mit diesem Thema kann als zweiter Schwerpunkt des Kongresses bezeichnet werden. Die Aufnahme dieser die Lage und das Schicksal der proletarischen Schichten betreffenden Thematik widerspiegelte den Druck, den die Notlage der sogenannten Unterschichten und die seit 1844 bekannten proletarischen Aktivitäten in Schlesien in besonderer Weise erzeugten

und die eine sich demokratisch verstehende Bewegung beeinflussen mussten.

Dieser Druck fand zunächst seinen Niederschlag in der speziellen Behandlung des sozialen Elends im Eulengebirge, worüber eingangs der Reichenbacher Delegierte Wittenburg referierte.<sup>23</sup> Daraufhin beschloss der Kongress zweierlei. Auf Vorschlag von Asch sollten parteiübergreifende Unterstützungskomitees für die von Hungersnot und Typhus bedrohten Arbeiter gebildet werden. Die schlesischen Städte sollten diese Angelegenheit in die Hand nehmen. Darüber hinaus sollten sich die Vereine mit einer entsprechenden Adresse an die Berliner Konstituante wenden.

Eingereicht wurden dann aber zur allgemeinen Beratung der sozialen Frage vier Anträge: Kempner, Friedemann (Breslau) und Brehmer wollten eine Aufforderung an die Nationalversammlung beschließen lassen, in ihrer Arbeit am Verfassungsentwurf die „Garantie der Arbeit“ als wesentlichen Punkt in die Verfassung aufzunehmen.<sup>24</sup> Breinersdorf schlug vor, eine Kommission zur Untersuchung der Lage der städtischen Arbeiter und des ländlichen Proletariats einzurichten. Robert Schlehan, ein radikaler Demokrat (Republikanischer Verein Breslau), beantragte eine Kolonisierung von Domänen, also eine Landaufteilung an landlose Dorfbewohner. Der Arbeiter Steeg (Breslauer Arbeiterverein) wünschte schließlich, dass „jeder demokratische Verein die soziale Frage in die Hand nehme“.

Der von politischen Demokraten dominierte Kongress zeigte jedoch wenig bis gar kein Interesse an einer Auseinandersetzung mit dieser Problematik. Er musste dazu mehr oder weniger gezwungen werden. Die soziale Frage sollte heruntergespielt werden; man wollte ihrer Erörterung Grenzen setzen und suchte einer sofortigen Beschlussfassung auszuweichen. Das soziale Thema sollte auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Nach einer längeren Debatte, die leider nicht dokumentiert ist, beantragte Rühl (DHV Breslau), die Versammlung möge zwar die soziale Frage zur Hauptaufgabe der Demokratie erklären; aber da aus Zeitgründen eine Beschlussfassung dazu nicht möglich sei, sollte deren Behandlung den einzelnen Vereinen überlassen werden, die darüber dem Zentralausschuss zu berichten hätten. Diese Berichte wären dann einem Komitee zur Ausarbeitung eines Manifests zu übergeben. Rühls Vorschlag

---

23 Siehe AOZ, 18.7.1848; Der Demokrat, Nr. 1, S.11, Nr. 3, S.32.

24 Hierzu und zum Folgenden SZ, 18.7.1848, S.1893; Der Demokrat, Nr. 1, S.11f.; AOZ, 18.7.1848.

mündete in den Antrag, darüber keine weitere Debatte zu führen, sondern zur Tagesordnung überzugehen.

Gegen die unverkennbare Absicht, die sozialen Anliegen der Arbeiter auf die lange Bank zu schieben, setzte sich der offenbar zahlenmäßig nicht sehr starke, aber hoch motivierte proletarische Flügel des Kongresses umgehend zur Wehr. Der Arbeiter Pelz vom Breslauer Arbeiterverein protestierte mit Entschiedenheit gegen Rühls Antrag mit der Feststellung, dass dessen Annahme eine Enttäuschung für die Arbeiter wäre. Wie schon der Deputierte Hassack aus Neiße zuvor erklärte er, dass seine Kommitenten, die Arbeiter des hiesigen Arbeitervereins, ihm ein Mandat anvertraut hätten, „welches lediglich auf die Besprechung der sozialen Fragen sich beschränke“.<sup>25</sup> Zwar sei klar, dass die soziale Frage nicht ad hoc zu lösen sei, aber es müsste doch verlangt werden, dass die Politiker in der demokratischen Partei sich ebenso der sozialen Frage annehmen, wie er selbst sich mit Politik befasse. Wäre den Demokraten die Elendslage der Arbeiter wirklich bekannt, ginge man hier bei der sozialen Frage ernster zu Werke.

Diese kritische Intervention rief eine „ungeheure Aufregung“ hervor. Erst der Auftritt des jüdischen Arztes Dr. Isidor Pinoff, der sich bereits im Vormärz als Sozialist einen Namen gemacht hatte und unter den Arbeitern großes Ansehen genoss, vermochte die Arbeitervertreter zu beschwichtigen und so die Situation zu entschärfen. Er habe, so Pinoff, durch langjährige Auseinandersetzung mit den sozialen Problemen die Überzeugung gewonnen, dass deren Lösung in den nächsten Dezennien unmöglich sei. Aber wirkliche Demokraten dürften sich der sozialen Frage gegenüber gleichwohl nicht desinteressiert verhalten. Er postulierte glasklar: „Wir hören auf, *Demokraten* zu sein, wenn wir nicht *Sozialisten* sind.“<sup>26</sup> Allerdings müsste die Arbeiterfrage zur Arbeitsfrage verbreitert werden, da vor allem die Qualität der Arbeit in Zukunft verändert werden müsse. Daraufhin nahm der Kongress mehrheitlich nur den ersten Teil des Rühlschen Antrags an, dass nämlich die soziale Frage die Hauptaufgabe der Demokratie zu sein habe; er erklärte sich mehrheitlich zugleich für den weiteren Umgang mit dem Problem. Die Vereine sollten über die soziale Frage debattieren und deren Berichte an den Zentralausschuss einer Denkschrift als Grundlage dienen. Entgegen kam dem proletarischen Flügel auch ein auf Antrag von Petery (Schweidnitz) mehrheitlich

---

25 AÖZ, 18.7.1848; Der Demokrat, Nr. 1, S.12.

26 SZ, 18.7.1848. S.1893. Hervorhebungen im Original.

gefasster Beschluss, nach der Ausarbeitung der vorgesehenen Denkschrift einen Sonderkongress zur Beratung der sozialen Frage einzuberufen.

Die Zentrale wurde in dieser Frage, wie überlieferte Rundschreiben ausweisen, sofort aktiv. Spätere wiederholte Mahnungen sprechen dafür, dass eine entsprechende Aufforderung an die Vereine bald erfolgte, jedoch keinen Erfolg zeitigte. Ein spezieller Kongress zur sozialen Frage kam nicht zustande.

Zwischen den Debatten zu den beiden Hauptthemen diskutierte und beschloss der Kongress notwendige Organisationsfragen.<sup>27</sup> Er gründete eine Provinzialkasse, um die „Bedürfnisse einer demokratischen Partei“ bestreiten zu können: Rundschreiben, Drucksachen und Korrespondenzen. Auf die Gründung eines eigenen Presseorgans wurde verzichtet; es sollten vielmehr die demokratischen Provinzialblätter benutzt und von den Vereinen wechselseitig ausgetauscht werden. Die „Allgemeine Oder-Zeitung“ wurde als „Organ für die Veröffentlichungen im Interesse der Demokratie angenommen“ und sollte kräftig unterstützt werden. Nicht nur Plakate, sondern vor allem „populäre Aufsätze“ in den Kreisblättern sollten dazu dienen, die Grundsätze der Demokratie im Volk zu verbreiten. Um auch die polnisch sprechenden Bewohner der Provinz zu erreichen, wollte man polnische Lokalblätter mit geeigneten Beiträgen versorgen. Nicht zuletzt sollte der zu bildende Zentralausschuss von Zeit zu Zeit Flugblätter herausgeben, „welche die Tendenz der Demokratie verbreiten und welche ebenfalls ins Polnische übersetzt werden sollen“.<sup>28</sup> Der wichtigste Beschluss war die Bildung eines „Central-Komitees“, das sich meist Zentralausschuss nannte. Es sollte aus neun Mitgliedern sich zusammensetzen und nach dem Vorortprinzip in Breslau seinen Sitz haben. Ihm war die Aufgabe zugewiesen, die Kasse zu verwalten, regelmäßige Verbindung mit den Lokalvereinen zu unterhalten, die Korrespondenz zu führen und alle Vierteljahre einen Kongress einzuberufen. Ein direkter Anschluss an das Berliner Zentralkomitee der deutschen Demokraten wurde abgelehnt. Die Beziehungen sollten lediglich auf geschäftliche Verbindungen und monatliche Berichterstattung über den Stand der Demokratie in Schlesien beschränkt bleiben.

Danach wählte der Kongress als Mitglieder des Zentralausschusses: den radikaldemokratischen Mathematikstudenten *Hermann Brehmer*, der nach einem von Alexander von Humboldt nach 1850 ermöglichten Medizin-

---

27 Hierzu siehe v. a. die Beschlüsse in: *Der Demokrat*, Nr. 3, S.30-32 und in: *NRhZ*, 1.8.1848, Beilage, S.1.

28 *NRhZ*, 20.7.1848, S.2.

studium zum weltberühmten „Schöpfer der modernen Sanatoriumsbehandlung der Tuberkulose“ wurde;<sup>29</sup> das Mitglied des DHV *Dellbrücke*; den Arzt Dr. *Heinrich Otto Engelman*, der im Herbst zum Breslauer Bürgerwehrkommandeur avancierte, als Anstifter des Breslauer Maiaufstands von 1849 nach Süddeutschland floh und wegen der Teilnahme an der Reichsverfassungskampagne zum Tode verurteilt wurde, dessen Vollstreckung er durch Flucht nach Belgien entging; *Paul Held*, einen führenden Kopf aus dem Verein der Militärpflichtigen; den Kunstmaler *Philipp Hoyoll*, der wegen seiner sozialkritischen Gemälde als „Maler der Demokraten“ galt und in den Fünfzigerjahren nach England emigrierte; den Baumeister *Rühl*, führend im DHV; den radikal-demokratischen Mathematik-Privatdozenten *Johann Georg Rosenhain*, der als politisch verfolgter Acht- und vierziger erst auf Intervention von Alexander von Humboldt 1856 eine Königsberger Professur bekam;<sup>30</sup> den politisch engagierten Kaufmann *Stahlschmidt*, Vorstandsmitglied des DHV, und einen weniger bekannten *Vogt*. Ersatzkandidaten wurden *Miri*, Dr. *Isidor Pinoff*, Pulvermacher und das Mitglied im Verein zum goldenen Kreuz *Seltz*.

Der erste Provinzialkongress bedeutete einen wichtigen Fortschritt in der Entwicklung der demokratischen Bewegung in Schlesien. Die einzelnen demokratischen Vereine hatten sich in der Prinzipienklärung auf gemeinsame Zielsetzungen geeinigt; mit der Konstituierung eines Zentralausschusses war ein sicher lockeres, aber doch leitendes Zentrum für die ganze Provinz geschaffen worden. Den speziellen Bedürfnissen der proletarischen Schichten war nach energischem Einschreiten des Arbeiterflügels mit einer Grundsatzklärung zum Verhältnis von Demokratie und sozialer Frage des Proletariats Rechnung getragen worden. Unbefriedigend blieb demgegenüber, dass sich der Kongress zu der für die Gewinnung einer demokratischen Massenbasis eher noch wichtigeren sozialen Frage der Landbevölkerung, der Abschaffung der Feudalverhältnisse, überhaupt nicht geäußert hatte. Der Kongress erkannte jedoch die Bedeutung der Machtfrage bei der angestrebten Demokratisierung der Gesellschaft. Er war sich der Verantwortung der Demokratie bei der Her-

---

29 Siehe Walter Schmidt: Hermann Brehmer (1826-1889). Der Weg eines achtundvierziger Radikaldemokraten zum Begründer der modernen Tuberkulosebehandlung, in: Ders. (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Bd. 3, Berlin 2010, S.179-221.

30 Siehe Wolfgang Eccarius: Johann Georg Rosenhain. Mathematiker und Demokrat, in: Helmut Bleiber/Walter Schmidt/Rolf Weber (Hrsg.): Männer der Revolution von 1848, Bd. 2, Berlin 1987, S.305-326.

stellung neuer, demokratischer Machtverhältnisse und der Notwendigkeit bewusst, die Verwaltungen von reaktionären Elementen zu säubern und mit zuverlässigen Anhängern der Demokratie zu besetzen. Die Vereine sollten sich darum „vorläufig genaue Kenntnis von den Zuständen und der Zusammensetzung der Administrativ-Behörden verschaffen, damit bei der bevorstehenden Reorganisation der Verwaltung die geeigneten Schritte zur Entfernung missliebiger und zur Anstellung tüchtiger Männer getan werden können“.<sup>31</sup>

*Die demokratische Bewegung wächst in die Breite*

Der zweite Kongress der schlesischen Demokraten zu Beginn der zweiten Oktoberdekade 1848 fiel bereits in eine Zeit, in der sich die Auseinandersetzungen zwischen Revolution und Konterrevolution zuspitzten und ein Entscheidungskampf unübersehbar heranreifte. Im Sommer und Frühherbst war die Demokratie in Schlesien stärker geworden, hatte in breiten, zumeist unteren Schichten in der Stadt und auf dem Lande zunehmend Anhang gefunden und Massen politisiert. Zugleich aber hatte auch die Konterrevolution ihre Position ausgebaut und damit begonnen, die demokratischen Errungenschaften des März einzuschränken und die Rückeroberung der Allmacht von Krone und Adel vorzubereiten.

Nach dem ersten Provinzialkongress hatte eine neue Welle von Vereinsgründungen eingesetzt, die bis in den Winter andauerte. Die Zahl der demokratischen Vereine in der Provinz verdoppelte sich.<sup>32</sup> Vereine entstanden in: Alt-Heinrichau (Kreis Münsterberg), Altwasser (Kreis Waldenburg), Kreisstadt Bolkenhain, Kreisstadt Bunzlau, Canth (Kreis Neumarkt), Dyhernfurth (Kreis Wohlau), Eisersdorf (Grafschaft Glatz), Esdorf (Kreis Militsch), Festenberg (Kreis Groß-Wartenberg), Freiburg (Kreis Schweidnitz), Kreisstadt Freistadt, Friedland (Kreis Waldenburg),

31 Der Demokrat, Nr. 3, S.32; NRhZ, 1.8.1848, Beilage, S.1.

32 Die folgenden Angaben stützen sich auf die „Allgemeine Oder-Zeitung“, Exemplare der „Breslauer“ wie der „Schlesischen Zeitung“ und des Schweidnitzer „Freischütz“, der die durch namentlich angegebene Deputierte vertretenen demokratischen Vereine auf dem zweiten Demokratenkongress in Berlin nennt. Ferner wurde herangezogen: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK), I. HA Rep. 77 Tit. 662, Nr. 1 Bd. 1: Vereine Generalia, Bl. 52-77; Rep. 77 Tit. 1080, Nr. 1 Bd. 1: Die politischen und Volksvereine im Breslauischen Regierungsbezirk, Bl. 1-8: Bericht vom 16. Dezember 1848; Rep.77 Tit. 1082, Nr. 1 Bd. 1: Die politischen und Volksvereine im Regierungsbezirk Oppeln (Bericht vom 6. November 1848). Siehe auch: Helmut Bleiber: Für die demokratische Lösung der Agrarfrage – Bauernbewegungen in der Revolution 1848/49 in der Grafschaft Glatz, in Bleiber/Schmidt, Schlesien 1848, 1. Halbbd., S.281-302.

Friedeberg (Kreis Löwenberg), Kreisstadt Glatz, Kreisstadt Gleiwitz, Kreisstadt Goldberg, Kreisstadt Guhrau, Hagenau (Kreis Trebnitz), Haynau (Kreis Goldberg), Kreisstadt Jauer, Kreisstadt Kosel, Kreisstadt Landeshut, Marklissa (Kreis Lauban), Mittelwalde (Grafschaft Glatz), Muskau (Kreis Rothenburg), Kreisstadt Neurode (Grafschaft Glatz), Kreisstadt Oberglogau, Ober-Steine (Kreis Glatz), Kreisstadt Ohlau, Parchwitz (Kreis Liegnitz), Patschkau (Kreis Neiße), Kreisstadt Rosenberg, Kreisstadt Sagan, Schmiedeberg (Kreis Hirschberg), Kreisstadt Strehlen, Wüstegiersdorf (Kreis Waldenburg). Bemerkenswert ist vor allem, dass zu den 22 Kreisstädten, in denen bereits im ersten Gründungsanlauf bis Mitte Juli demokratische Organisationen entstanden waren, nun etwa 20 Kreisstädte hinzutraten, sodass in mehr als 40 von etwa 60, also in zwei Dritteln der schlesischen Kreisstädte mehr oder weniger stabile organisatorische Stützpunkte der Demokratie bestanden. Gegenüber den rund 30 Vereinen zur Zeit des ersten Provinzialkongresses wurden bis zum zweiten Kongress 65 Vereine gezählt.

Zugleich hatten Vereinsleben und politische Aktivität der Demokraten einen Aufschwung erlebt. Auf breiter Front hatten sie in vielen Städten, insbesondere in Schweidnitz, Liegnitz, Löwenberg und Neustadt/Oberschlesien intensive Landagitation betrieben, auf den Dörfern demokratische Filialvereine gegründet, die Demokratie gleichsam von der Stadt aufs Land hinausgetragen. Diese Entwicklung gewann eine neue Qualität, als führende Köpfe der schlesischen Demokratie, namentlich von Schweidnitz und Liegnitz aus im August und September darangingen, als eine selbstständige politische Organisationsform des schlesischen Landvolks Rustikalvereine in den Dörfern und Kreisen aus der Taufe zu heben, die fortan ein der Demokratie und den speziellen Interessen der Bauern verpflichtetes Eigenleben führten.<sup>33</sup>

Die demokratischen Vereine waren zusammen mit den Rustikalvereinen im Herbst 1848 zu einem von den Herrschenden gefürchteten politischen Machtfaktor in Schlesien geworden. Ihr Einfluss überragte den der Konstitutionellen Organisationen, und von direkt reaktionären Vereinigungen war noch nicht die Rede. Diese formierten sich erst nach dem konterrevolutionären Staatsstreich in Preußen seit November. Die Feststellung des schlesischen Delegierten Hoyoll im Bericht auf dem zweiten, dem Berliner Demokratenkongress von Ende Oktober 1848 war keineswegs

---

33 Dazu siehe Bleiber, Rustikalverein, in Bleiber/Schmidt, Schlesien 1848, 1. Halbbd., S.271-280.

übertrieben: „Die Demokratie sei gegenwärtig durchaus vorherrschend in Schlesien.“<sup>34</sup> Sie wird von einer Analyse der Breslauer Regierung von Mitte Dezember bestätigt, wonach es ersichtlich sei, „dass die demokratische Partei zur Zeit noch weit ausgedehntere Verzweigungen hat wie die konstitutionell-monarchischen“. Gegenüber der „Wirksamkeit der demokratischen Vereine“ sei die „Wirksamkeit der konstitutionell-monarchischen noch zu schwach [...], um dem Treiben der demokratischen Vereine die Spitze zu bieten“.<sup>35</sup>

In der Septemberkrise, die von gleichzeitigen Konflikten zwischen demokratischen Kräften und provozierender Reaktion in Berlin und Frankfurt geprägt war, wie in den darauf folgenden Auseinandersetzungen mit den Attacken der Konterrevolution waren die schlesischen Demokraten auf dem Platze. Die schlesische Demokratie bewies erstmals, dass sie provinzwweit politische Kampagnen (gleichzeitige politische Volksversammlungen an vielen Orten, Misstrauensvota gegen antidemokratische Abgeordnete, Forderungen nach Neuwahlen) durchzuführen in der Lage und fähig war. Ihr Ton gegen das preußische liberale Ministerium und die Krone wurde schärfer. Unverkennbar setzte zugleich ein Linkstrend ein, der von Differenzierungen im demokratischen Lager begleitet war. Während im DHV die radikaleren Elemente dominant wurden, formierte sich Anfang September neu ein Deutscher Volksverein aus gemäßigt linken Kräften des Demokratischen-Konstitutionellen Klubs und des Vaterlandsvereins, denen sich aus dem DHV ausgetretene gemäßigte Demokraten anschlossen.

Im Mittelpunkt der politischen Tätigkeit der schlesischen Demokraten standen die verfassungsgebenden Parlamente in Frankfurt und Berlin, die sie durch Druck von unten zu entschieden demokratischen Entscheidungen zu drängen suchten. Dabei scheute der Zentralausschuss in seinen Erklärungen auch nicht davor zurück, von den Abgeordneten zu verlangen, das Berliner Parlament gemäß den Erfahrungen der Großen Französischen Revolution zu einem Konvent mit direkt machtausübenden Funktionen zu entwickeln. Sollte die preußische Regierung ihrer Pflicht nicht nachkommen, dann müsste „die Nat.[ional]-Versammlung andernfalls das Ministerium auflösen, sich für permanent [d. h. unauflösbar] erklären und einen Verwaltungsausschuss *selbst ernennen* [...], damit endlich der hinterlistige Widerstand gegen die vom Volk verlangten Verbesserun-

---

34 Freischütz, 9.11.1848, S.214.

35 GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 1080, Nr. 1, Bl. 7.

gen aufhöre“.<sup>36</sup> Gegenüber spontaner oder organisierter revolutionärer Gewalt der Massen zur Sicherung und Vertiefung demokratischer Errungenschaften verhielt sich die Mehrheit der Demokraten jedoch distanziert. Das zeigte sich im Herbst, als die Forderungen der Bauern nach entschädigungsloser Abschaffung der Feudallasten immer lauter wurden und vereinzelt wieder Bauernaufstände ausbrachen. Man hielt solche Aktionen sogar für kontraproduktiv, lehnte sie im Grunde ab und hielt sich dagegen strikt an die parlamentarischen Spielregeln.<sup>37</sup>

Gleichwohl spielte der Zentralausschuss der schlesischen Demokratie in diesen Monaten eine führende Rolle bei der Organisation eines einheitlich abgestimmten Widerstands gegen konterrevolutionäre Attacken. Mittels regelmäßigen Rundschreiben, von denen bis zum zweiten Kongress etwa zehn verschickt wurden,<sup>38</sup> nahm er Einfluss auf die Tätigkeit der einzelnen Vereine. Er übersandte Protest- wie Zustimmungserklärungen, erläuterte das Wesen der politischen Vorgänge, hielt zur Agitation auf dem Lande an und leistete durch Redner und schriftliche Materialien Hilfestellung bei der politischen Agitation der Vereine. Vom Zentralausschuss ging Anfang Oktober satzungsgemäß auch die Einladung zum zweiten demokratischen Provinzialkongress aus.<sup>39</sup>

---

36 Rundschreiben des demokratischen Zentralausschusses Nr. 7, vom 14.9.1848, in: GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 1079, Nr. 2, Bl. 12. Hervorhebung im Original.

37 Siehe Rundschreiben des demokratischen Zentralausschusses Nr. 9, vom 6.10.1848, in: ebenda, Bl.14: Es sei „Aufgabe der Demokratie, vor allem das Volk über sein wahres Interesse aufzuklären, um es gerade dadurch vor überspannten und unmöglich zu erfüllenden Hoffnungen und Forderungen zu bewahren, dagegen aber die gesamte Kraft in klarer selbstbewusster Erkenntnis auf dasjenige zu konzentrieren, was vernünftig, möglich und notwendig ist, fordern wir Euch insgesamt auf, in Euren Kreisen in den Volksversammlungen, namentlich aber bei den Landleuten klar und entschieden auszusprechen: dass es allerdings eine Grenze für ihre Forderungen gebe, dass wenn auch alle Lasten feudaler Natur ohne Ausnahme unentgeltlich fallen müssen, doch wohlerworbene auf gültigen Rechtstiteln beruhende und verbrieft Privatrechte nie und nimmer anders gelöst werden können, als durch freie Einwilligung beider Kontrahenten, des Berechtigten sowohl wie des Verpflichteten, oder im Wege der richterlichen Entscheidung. Es ist namentlich hervorzuheben, wie das Volk seiner guten Sache selbst schade und seinen Gegnern dadurch die gefährlichsten Waffen in die Hände gebe, wenn es unmäßige und unbegründete Forderungen stelle. Ebenso ist darauf hinzuweisen, wie Exzesse und eigenmächtige Selbsthilfe die gerechte und gute Sache gefährden. – Gegenwärtig sind die Nat.Vers. zu Berlin und Frankfurt einzig und allein zur Entscheidung über die Forderungen des Volkes berufen und befugt.“ Hervorhebungen im Original.

38 Erhalten haben sich leider nur drei: vom 14. September sowie 6. und 14. Oktober 1848.

39 Siehe Rundschreiben, 6.10.1848, in: ebenda, Bl. 14v.

*Der zweite demokratische Provinzialkongress (21.-23. Oktober 1848)*

Der zweite Provinzialkongress der schlesischen Demokraten begann, wie vorgesehen, am 21. Oktober 1848, einem Sonnabend, mit einer nachmittäglichen Vorversammlung und dauerte bis zum Abend des 23. Oktober.<sup>40</sup> Eingetroffen waren 93 Delegierte aus 55 Vereinen, davon allein von sieben Breslauer Demokratenorganisationen. Eine Auflistung der vertretenen Vereine wie der Deputierten – wie beim ersten Kongress – bieten die überlieferten Zeitungsberichte nicht. Zum Kongresspräsidenten wurde wiederum Sigismund Asch gewählt. Die Vorversammlung klärte vor allem den Abstimmungsmodus. Da nicht wenige Delegierte mehrere Vereine aus der Provinz vertraten und wahrscheinlich auch einzelne Vereine zumal aus Breslau mehrere Abgeordnete entsandt hatten, wurde beschlossen, dass in allen wichtigen Fragen jeder Verein nur eine Stimme hat, während in formalen Dingen die Abstimmung nach der Kopffzahl erfolgen durfte. Außerdem verabschiedete man die Geschäftsordnung, wählte das Tagungsbüro und die Kassenrevisionskommission. Unbedingte Öffentlichkeit war nicht erwünscht. Zutritt hatten nur Mitglieder von demokratischen Vereinen sowie Presseberichterstatter; ausgenommen davon war allerdings die konservative „Schlesische Zeitung“, mit der der Zentralausschuss schon seit Längerem im Clinch lag.

Die eigentliche Sitzung wurde am 22. Oktober mit dem Bericht des Zentralausschusses über seine Tätigkeit seit dem ersten Kongress eröffnet. Er wurde möglicherweise von Hoyoll vorgetragen, der eine Woche später auch auf dem Berliner Kongress darüber sprach. Die Propaganda des Ausschusses habe beträchtliche Erfolge gezeitigt. Inzwischen existierten in Schlesien 65 demokratische Provinzialvereine, die sich dem Breslauer DHV angeschlossen hätten; zehn weitere Vereine, die mit Breslau in Kontakt stünden, lägen außerhalb der Provinz. Der Ausschuss habe enge Verbindung zu den Rustikalvereinen aufgenommen und übe einen bedeutenden Einfluss auf sie aus. Überdies habe der Ausschuss vom Oberpräsidenten die Genehmigung zu einer Hauskollekte „für die armen Weber“ erlangt.

Im Anschluss debattierte und beschloss der Kongress einen Entwurf zur besseren Organisation der Partei. Die Provinz sollte in mehrere Bezirke

---

40 Das Folgende stützt sich auf drei Berichte: Congreß der demokratischen Vereine Schlesiens, in: AÖZ, 24.10.1848, 2. Beilage; Der demokratische Provinzialkongreß (Sitzung von Montag, den 23.), in: BZ, 24.10.1848, S.1655; Zweiter Kongreß der Demokraten Schlesiens, gehalten zu Breslau am 22. und 23. Oktober, in: Schles. Chr., Nr. 85, 27.10.1848, S.353f.

und diese in Kreise aufgeteilt werden. Wahrscheinlich stand hinter diesem Vorschlag die administrative Einteilung der Provinz in die Bezirke Breslau, Liegnitz und Oppeln. Die von den Vereinen gewählten Bezirksvorsteher waren als Bindeglied zwischen dem Ausschuss und den Vereinen vor Ort gedacht. Zugleich beschloss man strengere Finanzierungsregeln. Jeder Verein sollte pro Mitglied monatlich zwei Pfennige an die Provinzalkasse abliefern und Nichtleistung dieses Beitrags zum Ausscheiden aus dem Verband führen. Genehmigt wurde dem Ausschuss schließlich die Anstellung eines Sekretärs mit Gehalt.

Drei Stunden nahm eine Diskussion um eine Adresse ans Wiener Volk und an die Berliner Versammlung zu den revolutionären Ereignissen in Wien in Anspruch, über deren Inhalt die Quellen leider nichts aussagen. Die Debatte, in der der Antrag vieler Delegierter auf einen bewaffneten Zuzug nach Wien verworfen wurde,<sup>41</sup> endete damit, dass sich der Kongress nur an die preußische Konstituante wandte. Die Adresse versicherte dem Kampf der Wiener die lebhafteste Sympathie der deutschen Nation, weil er dem Prinzip der gesetzlichen Freiheit gelte und sich gegen die Reaktion wie das „germanenfeindliche Slawentum“ richte. Das Berliner Parlament sollte beschließen, dass eine befürchtete preußische Intervention gegen das revolutionäre Wien unbedingt verhindert wird. Es sei notwendig, die Interessen der deutschen Stämme gegen die Herrschaftsgelüste der Slawen und die Freiheit der deutschen Bevölkerung Österreichs gegen die gewaltsam auftretende Reaktion zu wahren.

Die Adresse reflektierte zwar zutreffend die Rolle, die südslawische Truppenteile der reaktionären habsburgischen Armee bei der Bekämpfung der Wiener Revolution und auch die austroslawischen Bestrebungen der Tschechen spielten, überhöhte dies aber zu einem allgemeinen slawischen Herrschaftsanspruch gegenüber den Deutschen in Österreich und ließ auf diese Weise den eigentlichen Hauptfeind, die Habsburger Reaktion, gleichsam ins zweite Glied treten. Dieses Konzept entsprach den Ergebnissen der Slawendiskussion unter den Breslauer Demokraten von Juni 1848, in der die Anerkennung des Rechts slawischer Völker auf nationale Selbstbestimmung nicht durchgesetzt werden konnte.<sup>42</sup> Auch jetzt blieb dieser wesentliche Aspekt – gegenüber dem tatsächlichen Missbrauch nationaler Interessen der Südslawen und Tschechen durch die deutsch-österreichische Reaktion – eskamotiert. Es bestätigte sich der

---

41 Siehe Schles. Chron., 25.10.1848, S.353.

42 Siehe dazu AOZ, 28. und 29.6. sowie 5.7.1848; BZ, 28. und 30.6. sowie 4.7.1848.

Eindruck, dass auch die schlesische Demokratie Schwierigkeiten hatte, die nationalen Selbstständigkeitsbestrebungen der von den Deutschen unterdrückten slawischen Völker zu respektieren und zu unterstützen. Die Adresse nahm zwar zur Kenntnis, dass „bewaffnete Freischarenzüge“ nach Wien im Gespräch seien, doch unterstützte der Kongress derartige Aktionen mitnichten, sondern beschränkte sich auf eine Adresse ans Berliner Parlament, die von allen Vereinen unterzeichnet werden sollte. Darüber hinaus sollte lediglich „das Volk über das Verhältnis Wiens zu Deutschland“ aufgeklärt werden, damit ihm die Notwendigkeit materieller Hilfe für die Wiener einleuchte, „wenn der rechte Zeitpunkt gekommen sein werde“.

Am letzten Kongresstag kamen – wie schon auf dem ersten Kongress – zunächst politische Grundsatzfragen zur Erörterung. Dr. Eger aus Haynau plädierte für die Erarbeitung eines Katechismus über das Wesen der Demokratie, was auch ohne Debatte beschlossen und wofür der Ausschuss verantwortlich gemacht wurde. Debattiert wurde danach hingegen – wie schon auf dem ersten Kongress, aber wesentlich ruhiger und nahezu konfliktlos – über die sogenannte Lösung der sozialen Frage. Von den Beschlüssen des ersten Kongresses zu dieser Frage war im Grunde alles unerledigt geblieben. Weder war in den Vereinen darüber debattiert worden, noch waren entsprechende Berichte an die Zentrale abgegangen, schon gar nicht hatte der angestrebte Kongress zur sozialen Frage stattgefunden.<sup>43</sup> Man stand immer noch am Punkt Null. Darum wurde von Eger nochmals eine Denkschrift gefordert. Zalecki (wahrscheinlich Breslau) wollte gleichsam als Sofortmaßnahme das preußische Parlament veranlassen, für die arbeitende Klasse einen totalen Steuererlass zu beschließen.

Das Interesse an einer wirklichen Klärung war ebenso gering wie drei Monate zuvor. Eine gewisse Aversion gegen eine Beschäftigung mit der Problematik war nicht zu übersehen. Erneut wurde das Argument ins Feld geführt, dass einer Lösung der sozialen Frage die Eroberung einer demokratischen Republik vorangehen müsste. Solange die Souveränität des Volkes noch nicht durchgesetzt sei, hielt man die Behandlung der sozialen Frage generell für unzeitgemäß, wie es in einem Artikel von Ende Oktober hieß.<sup>44</sup> Die Diskussion mündete – wie auf dem ersten Kongress – in einen Beschluss, dass die Diskussionsergebnisse in den Verei-

---

43 Siehe dazu den „Bericht eines demokratischen Vereins über die soziale Frage“, in: Breslauer Kreis-Bote, Nr. 18, 30.10.1848, S.2.

44 Siehe ebenda.

nen von einer Kommission in einer Denkschrift zur sozialen Frage zusammengefasst werden sollten. Schließlich blieb der Kongress dabei, den Vereinen nicht vorzuschreiben, welche Zeitungen von ihnen gehalten werden. Doch erklärte er, dass die „Allgemeine Oder-Zeitung“ und der am 1. September neu gegründete „Breslauer Kreis-Bote“<sup>45</sup> als Organe des Ausschusses zu betrachten seien.

Eine unverhältnismäßig lange und lebhaft Diskussion löste der gerade bekannt gewordene Regierungserlass aus, wonach alle politischen Vereine über ihre Mitgliederzahl und ihre politischen Ziele wie Tätigkeiten Berichte einreichen sollten. Während einige Delegierte wie Friedmann und Honigmann aus Breslau der Regierung das Recht zuerkannten, sich darüber informieren zu lassen, erblickten andere wie Rühl und Friedensburg aus Breslau darin deutliche Anzeichen erneuter polizeilicher Bevormundung und lehnten die Beantwortung rundweg ab. Hoyoll meinte hingegen, dass solche Angaben der Regierung vielleicht klar machen könnten, wie weit demokratische Gesinnung schon im Volke verbreitet sei. Beschlossen wurde schließlich ein Antrag Breinersdorfs, der Regierung keine Angaben über die politischen Ziele und die Tätigkeit der Vereine zu machen, ihr jedoch die Mitgliederzahl nicht vorzuenthalten. Dies geschah mit der hintergründigen Erklärung, man erblicke in der Regierungsmaßnahme nur den Wunsch, den Volkswillen kennenzulernen.

Den politischen Höhepunkt brachte am letzten Tag ein dringlicher Antrag, den Delegierte aus der Provinz einbrachten, „deren entschiedene Haltung während der Dauer des Kongresses hervorgetreten war“.<sup>46</sup> Es sei erstens unbedingt zu klären, wie sich die Breslauer Demokraten verhalten würden, wenn in Teilen der Provinz infolge von Gewaltmaßnahmen der Reaktion oder durch materielle Not einzelne Aufstände ausbrechen würden; ob auf ihre Sympathie und Unterstützung zu rechnen wäre. Und man müsse sich zweitens auch darüber verständigen, ob und wie solchen Ereignissen „durch Maßnahmen der Breslauer demokratischen Vereine vorgebeugt werden könne, oder soll“.<sup>47</sup> Das Thema wurde nicht zufällig

---

45 Breslauer Kreis-Bote. Vertreter der Demokratie in Schlesien. Redaktion und Verlag R. Glatz, ab Nr. 10 vom 2.10.1848 Redaktion: Dr. Asch, Druck Eduard Klein. Das Blatt erschien zweimal in der Woche.

46 Schles. Chr., 27.10.1848, S.354.

47 BZ, 24.10.1848, S.2655.: Außerdem hieß es: „1) Es ist für die Provinzialvereine unbedingt nötig zu wissen, wie sich Breslau in der Gesamtheit seiner demokratischen Vereine in dem Falle verhalten wird, wenn irgendein Landesteil der Provinz in den Zustand einer gewaltsamen Erhebung durch Maßnahmen der Regierung gedrängt werden sollte, und ob eine solche unvorhergesehene Katastrophe auf die Sympathie der Breslauer Demokratie

in „geheimer Sitzung“, unter Ausschluss der Öffentlichkeit diskutiert; und es war eine lebhaft, leidenschaftliche und heftige, vor allem sehr kontroverse Debatte. Die Zeitungsberichte darüber enthielten sich – vor allem wohl im Interesse der Sicherheit der Antragsteller und der den Antrag befürwortenden Redner – jeglicher Namensangaben. Deren Argumente sind daher nicht überliefert. Die Breslauer Deputierten jedoch wiesen diesen Antrag vehement und einstimmig als provozierend zurück.

Insbesondere der Kongresspräsident Sigismund Asch, der als einziger namentlich genannt ist, hielt in einer längeren Rede dagegen.<sup>48</sup> Es müsse Aufgabe der demokratischen Partei sein, das Volk darüber aufzuklären, dass „die Revolution auf dem geistigen Wege die wahre und einzige sei, die permanent sein müsse, dass die Revolution mit Waffengewalt zwar das einzige, aber immer das letzte nur der Gewalt entgegen zu stellende Mittel sei“. Nur eine von allen Schichten des Volkes getragene Revolution könnte zur Freiheit führen. Ein rein auf materielle Verhältnisse gestützter Aufstand würde niemals zu einem guten Resultat führen. Allerdings: „Wo man dagegen gewaltsam gegen die Rechte des Volkes einschreiten wolle, da hätte Breslau seine Stellung schon früher bewahrt und würde sie zu bewahren bestrebt sein.“ Gewaltsame Revolution wurde von der Mehrheit der schlesischen Demokraten nur als letztes Mittel im Kampf gegen die Reaktion in Erwägung gezogen, wenn den Rechten des Volkes die Gefahr drohte, wieder vernichtet zu werden. Aber auch dann wurde eine Erhebung des Volkes als gefährlich für die Freiheit eingestuft. Sozial motivierte Erhebungen wurden abgelehnt. Ganz in diesem Sinne war die abschließende Rede Königs aus Breslau auf dem nun wieder der Öffentlichkeit zugänglichen Kongress, „in welcher die Revolution als das letzte und gefährlichste Mittel zur Aufrechterhaltung der Freiheit bezeichnet wurde“.<sup>49</sup>

Die Provinzialen hatten – zumindest gegen den zuletzt geäußerten Standpunkt Aschs – nichts einzuwenden und zogen ihren Antrag am Ende zurück. Doch war in dieser Auseinandersetzung deutlich zutage getreten, dass im Verhältnis von hauptstädtischer und provinzieller Demokratie

rechnen dürfe. – 2) Es werde eine klare Auseinandersetzung darüber gefordert, ob einem solchen oben angedeuteten Ereignis durch Maßnahmen der Breslauer demokratischen Vereine entschieden vorgebeugt werden könne, oder soll?“ In der Schles. Chr., 27.10.1848, S.354 lautete der Inhalt des Antrags: „ob und unter welchen Umständen eine Revolution berechtigt sei, und ob in eintretenden Fällen die Breslauer Demokratie einer Erhebung der Provinz ihre Zustimmung geben oder versagen würde.“

48 Siehe AOZ, 24.10.1848, 2. Beilage, S.2.

49 Schles. Chr., 27.10.1848, S.354.

Vertrauensprobleme existierten, die sich wohl nicht nur aus der genauen Kenntnis der Provinzvereine über die angespannte Lage auf dem Lande ergaben. Den Vertretern aus den Provinzstädten hatte die Debatte die gemäßigte, revolutionsabstinente Haltung der Mehrheit der Breslauer Demokraten klar gemacht. In den Vereinen aus der Provinz war jene Fraktion stärker und auch klarsichtiger geworden, die sich auf dem ersten Kongress für die Republik als Ziel der Demokratie engagiert hatte. Es ist anzunehmen, dass vor allem die Delegierten aus Liegnitz und Schweidnitz, die den Rustikalverein wesentlich aus der Taufe gehoben hatten und die Stimmung auf den Dörfern bestens kannten, auf Klarstellung drangen.

Der dringliche Antrag ließ erkennen, dass sich inzwischen vor allem in den Provinzvereinen eine revolutionär-demokratisch gestimmte Gruppierung formierte, die angesichts der wachsenden Unzufriedenheit in der Landbevölkerung lokale Aufstände nicht mehr ausschloss und demokratische Gegengewalt sowohl gegen die auftrumpfende Konterrevolution als auch zur Durchsetzung sozialer Forderungen für legitim hielt. Diesen Delegierten war natürlich klar, dass der Erfolg revolutionärer Gegengewalt in der Provinz wesentlich davon abhing, ob die starke hauptstädtische Demokratie sich auf die Seite von Aufständischen schlug. Die Antwort der Breslauer war indes so ausweichend, dass von dieser Seite eine nachhaltige Unterstützung kaum zu erwarten war. Schließlich offenbarte die Debatte um den Platz von revolutionärer Gewalt im Ringen um konsequente Demokratie die innere Differenzierung, ja sich abzeichnende Spaltung der demokratischen Partei.

Der Kongress wählte schon am ersten Tag den neuen Zentralausschuss. Mit Asch, Brehmer, Breinersdorf, Dellbrück, Engelmann, Held und Hoyoll gehörten ihm Mitglieder der alten Leitungszentrale an. Neu hinzu kam *Ludwig Schlinke*, der Vorsitzende der Rustikalvereine, was die enge Zusammenarbeit von demokratischen und Rustikalvereinen manifestierte. Der Bauerngutsbesitzer und preußische Landwehrleutnant war seit Frühjahr 1848 Vorsitzender des demokratischen Landwehrvereins gewesen; wegen „versuchten Aufruhrs“ in der Novemberkrise verfolgt, flüchtete er, nahm 1849 als Offizier an den Reichsverfassungskämpfen teil und floh danach in die Schweiz. Neues Mitglied des Zentralausschusses wurde ferner Dr. *Friedensburg* als Vertreter des Breslauer politischen Vereins, während Rühl, Rosenhain, Stahlschmidt und Vogtherr aus dem Gremium ausschieden.

Der zweite Provinzialkongress der schlesischen Demokraten bemühte sich mit Beschlüssen über die Einrichtung von Bezirken, klaren Beitragsrichtlinien, der Anstellung eines bezahlten Sekretärs und der Erklärung von zwei Zeitungen zu Organen des Zentralausschusses um eine festere Organisation der demokratischen Partei in der Provinz. Er griff die schon auf dem ersten Kongress erörterte soziale Frage wieder auf, ohne dass Fortschritte bei der Erörterung von deren Inhalt und den Wegen zu ihrer Lösung erreicht wurden. Der erneute Aufruf an die Vereine, sich damit zu befassen, und die Wahl einer Kommission zur Ausarbeitung einer entsprechenden Denkschrift brachte nichts Neues in das Thema ein. Gleiches galt auch für den Beschluss, einen Katechismus über das Wesen der Demokratie zu erarbeiten. Es gibt keinerlei Anzeichen, dass diese Beschlüsse in der Folgezeit umgesetzt worden wären. Sie blieben mehr oder weniger bloße Absichtserklärungen. Die Stellungnahme zur Wiener Oktoberrevolution, die sich nur an die preußische Konstituante wandte, entbehrte konkreter Hilfsangebote und unterschied sich nicht von dem, was eine Woche später der Berliner Demokratenkongress dazu zu sagen hatte. Zuviel Zeit widmete man der Haltung zu dem Regierungserlass über die Mitteilung von Interna der Vereine. Die für Schlesien zentrale Agrarfrage spielte wiederum keine Rolle; sie schien nach der Bildung der Rustikalvereine, die von den Demokraten in den Provinzvereinen von unten in Szene gesetzt worden war, gleichsam in das eigenständige demokratische Organisationsfeld ausgelagert. Allerdings praktizierte man in der Zentrale den Schulterchluss mit den Rustikalvereinen. Aufmerken ließ vor allem die Debatte um die Haltung zu revolutionärer Gewaltanwendung im Ringen um konsequente Demokratie. Sie offenbarte, wie weit sich die schlesische Demokratie inzwischen differenziert hatte. Einer Mehrheit gemäßigter Demokraten stand eine wachsende Fraktion revolutionärer Demokraten gegenüber, ohne dass jedoch die Einheit des demokratischen Lagers aufgesprengt wurde.

\*

Weitere Kongresse der schlesischen Demokraten fanden nicht statt. Der neu gewählte Zentralausschuss trat im Verlauf der Auseinandersetzungen um das Schicksal der preußischen verfassunggebenden Versammlung im November 1848 nicht hervor, arbeitete aber zumindest bis zum Jahresende 1848 noch. Doch erfolgte keine Einladung zu einem dritten Kongress mehr. Die wichtigste Stellungnahme des Zentralausschusses war am 8. Dezember eine Analyse der Niederlage der Demokraten in den Kämpfen um die Rettung der preußischen verfassunggebenden Versammlung, die ihren Höhepunkt im Beschluss des Parlaments zur Steuerverweige-

rung vom 15. November 1848 erreicht hatte.<sup>50</sup> Eine Umsetzung dieses Beschlusses gelang jedoch nicht. Nur vereinzelt fanden sich die Magistrate von schlesischen Städten zu entsprechenden Aufrufen und Maßnahmen bereit. Zumeist unbekannte Episoden blieben die Versuche revolutionärer schlesischer Demokraten, Mitte November vom Lande – von Freiburg, der Gebirgsgegend bzw. von Bernstadt – aus einen Aufstand gegen die Unterdrückungsorgie der Konterrevolution oder zumindest Zuzüge nach Breslau zu organisieren.<sup>51</sup> Sie scheiterten vor allem daran, dass sich die schlesische Hauptstadt – anders als etwa Erfurt und einige Zentren in der Provinz Sachsen – im November ruhig verhielt.

Der Zentralausschuss anerkannte in seiner Erklärung rückhaltlos, dass die Reaktion mit der Verkündung der oktroyierten Verfassung am 5. Dezember 1848 einen Sieg über die Demokratie errungen habe. Das Volk habe auf den Rechtsbruch der Krone nicht mit einer Revolution geantwortet. Diese sei unter den herrschenden Umständen auch deshalb unmöglich gewesen, weil „das eigentliche Rechtsbewusstsein des Volkes noch nicht durchgebildet ist“, um einem Rechtsbruch erfolgreich zu widerstehen. Auch habe die Reaktion mit der oktroyierten Verfassungsurkunde eine Mehrheit für sich gewonnen und „uns die Möglichkeit eines Widerstandes durch die Konzessionen, welche sie den demokratischen Elementen im Volk machen, recht eigentlich aus den Händen gewunden“.<sup>52</sup> Schuld am Misserfolg waren danach die politisch unreifen Massen, die noch unter liberalem Einfluss standen und sogar der geschickten konservativen Politik erlegen waren. Deshalb, so wurde geschlussfolgert, müsse man sich nun auf die Wahlen zur Zweiten Kammer konzentrieren und mittels der Presse in der Wahlagitation Einfluss auf die demokratische Willensbildung des Volkes nehmen. Von eigenen Versäumnissen oder Versagen in der Novemberkrise war nicht die Rede. Der Verzicht auf die Organisation von revolutionärer Gegengewalt wurde nicht thematisiert.

In die Wahlvorbereitungen für die preußischen Kammerwahlen Ende Januar und Anfang Februar 1849 schaltete sich der demokratische Pro-

---

50 Siehe Erklärung des Zentralausschusses der schlesischen Demokraten vom 8.12.1848, in: SZ, 9.12.1848, S.3403.

51 Hierzu siehe den Aufruf Peterys „An die Männer des schlesischen Gebirges“ und die wenigen Berichte über einen Freischarenzug nach Freiburg in: Breslauer Kreisbote. 13.11.1848, S.3; SZ, 25. und 26.11.1848, S.3104f., 3119 sowie Julius Peter-Petery: Robert Schlehan. Sein Leben und Wirken, Breslau 1862. Zu Bernstadt GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 507, Nr. 1 Bd. 1: Tagesrapport des Oberpräsidenten vom 1.12.1848; Neue-Oder-Zeitung (Morgenausgabe), 15. und 16.2.1850: Der Bernstädter Prozess.

52 Erklärung des Zentralausschusses, 8.12.1848.

vinzialausschuss für Schlesien, wie er sich auch nannte, schon mit seinem Rundschreiben vom 8. Dezember 1848 direkt ein. Er gab den Vereinen in der Provinz Hinweise, wie sie sich in der Wahlagitation sowie bei der Gewinnung von Demokraten als Abgeordnetenkandidaten verhalten sollten, und veröffentlichte dann einen eigenen Aufruf an die Urwähler.<sup>53</sup> Mit Sicherheit war der Provinzialausschuss auch beteiligt an der im Rundschreiben angekündigten Bildung des Komitees für volkstümliche Wahlen in der Provinz Schlesien, dem mit Asch, Breinersdorf, Engelmann und Hoyoll immerhin fast die Hälfte des Ausschusses angehörte.<sup>54</sup> Das Komitee gab Anfang Januar 1849 einen „Aufruf an sämtliche Urwähler Schlesiens“ und ein Pamphlet „An die Wähler auf dem Lande“ heraus.<sup>55</sup> Offenbar nahm der Ausschuss Mitte Februar auch noch eine Analyse und Einschätzung der Kammerwahlen vor, denn im Bericht über die Sitzung des DHV vom 13. Februar heißt es, dass ein „Schreiben des demokratischen Provinzialausschusses“ vorgetragen wurde, also eins der bekannten Rundschreiben. Leider ist es nicht erhalten geblieben.<sup>56</sup>

Ob der Zentralausschuss später noch mit Manifestationen hervortrat, was nicht auszuschließen ist, muss offenbleiben. In den politischen Kämpfen im Frühjahr 1849 tauchte er – in den bisherigen Quellen zumindest – nicht mehr als aktive Institution aller schlesischen Demokraten auf. Der Ausschuss stellte wahrscheinlich unmittelbar nach den Kammerwahlen im Februar oder März 1849 seine Tätigkeit ein. Eine offizielle Auflösung ist in den Zeitungen nicht mitgeteilt worden, sie war bisher zumindest nicht ausfindig zu machen. Offenbar löste er sich mehr oder weniger klammheimlich auf, zerbrochen an den inneren Widersprüchen zwischen der „blauen“ und der „roten“ Fraktion. Darauf weist eindeutig ein Toast auf dem Stiftungsfest des Breslauer Demokratischen Hauptvereines vom 2. April 1849 hin, der ein „Wiederaufleben des Provinzialausschusses“ wünscht.<sup>57</sup> Das Ende der Wirksamkeit einer zentralen Leitung der schlesischen Demokratie mag verschiedene Gründe gehabt haben.

---

53 Siehe SZ, 4.1.1849, S.25: Wahlaufuf „Mitbürger“, unterzeichnet: Der demokratische Provinzialausschuss für Schlesien: W. Friedensburg, F. A. Held, Brehmer, Dr. Asch, Delbrück, Dr. Rosenhain.

54 GStA PK, I. HA Rep. 77, Tit. 507, Nr. 2 Bd. 5, Bl. 40.

55 Siehe AOZ, 14. und 16.1.1849.

56 Siehe AOZ, 14.2.1849. Es ist allerdings auch nicht auszuschließen, dass darin die Auflösung des Ausschusses mitgeteilt wurde.

57 Neue Oder-Zeitung, 4.4.1849, Beilage S.1: Stiftungsfest des demokratischen Vereins: „Während [...] *Linderer* die demokratisch-soziale Republik hochleben ließ, erntete jedoch *von Menshausen* aus Freiburg durch seinen Toast auf die Vereinigung der demokratischen Partei Schlesiens und auf das wünschenswerte Wiederaufleben des Provinzial-Ausschusses

Erstens. Trotz aller Differenzen hatten Radikale und Gemäßigte während der Wahlkampagne zunächst noch recht geschlossen zusammengearbeitet. Die Demokraten errangen in Schlesien auch beachtliche Wahlsiege, blieben im Ganzen gesehen aber in der Defensive. Nach den Wahlen sahen die gegensätzlichen Gruppierungen wohl keine Basis mehr für ein weiteres Überdecken der tiefen Differenzen. Zumal jetzt, gerade in den Verhandlungen der preußischen zweiten Kammer, die engen Grenzen des Parlamentarismus, auf den der Zentralausschuss fixiert war, deutlicher als zuvor zutage traten.

Zweitens. Die verschiedenen lokalen Demokratenvereine hatten zudem inzwischen politische Erfahrungen gesammelt und gewannen so größere Selbstständigkeit.

Drittens und vor allem trat mit der Radikalisierung von Teilen der demokratischen Bewegung und der Hinwendung der entschiedenen Demokraten zur sozialen Demokratie, durch die Aufspaltung in rein politisch orientierte sogenannte „blaue“ Demokraten einerseits und sozial motivierte, eine soziale Republik anstrebende sogenannte „rote“ Demokraten andererseits die vorherige Geschlossenheit und Einigkeit des demokratischen Lagers immer mehr in den Hintergrund.<sup>58</sup> In einem Bericht der liberalen „Schlesischen Zeitung“ über scharfe Konflikte zwischen gemäßigten und radikalen Demokraten im Breslauer DHV hatte der Korrespondent schon Anfang November 1848 klarsichtig ausgemacht: „Unserer Überzeugung nach neigt sich die Mehrzahl der Mitglieder der sozialen Republik zu und sieht in den Blauen nur eine Kamarilla, die den Klub bisher wissentlich oder unwissentlich beherrscht hat und um jeden Preis gestürzt werden muss.“<sup>59</sup>

Viertens. Es scheint schließlich so, als ob sich der Schwerpunkt der demokratischen Bewegung in Schlesien auch in den zentral organisierten Rustikalverein verlagerte, der die Grundinteressen des immer noch die Mehrheit der Bevölkerung ausmachenden Landvolks vertrat, aber politisch zugleich klar demokratisch orientiert war. So war die Neugründung von städtischen Demokratenvereinen im Frühjahr 1849 interessanterwei-

---

die volle Anerkennung.“ Siehe auch: SZ, 4.4.1849, S.970, wo es heißt: „ein Fürstensteiner, der einen Toast auf die Vereinigung der schlesischen Demokratie ausbrachte und einen Moment der Erinnerung dem (selig entschlafenen) demokratischen Zentral-Komitee weihte.“

<sup>58</sup> Zu den Differenzierungen im demokratischen Lager, dem Vormarsch der sozialen Demokraten siehe Gürtler, Vereine in Breslau, S.111-125, und Schmidt, Hermann Brehmer, S.189-196.

<sup>59</sup> SZ, 3.11.1848, S.2901.

se jetzt nicht selten, wie in der Grafschaft Glatz, das Werk von aktiven Rustikalvereinen. Die Rustikalvereine führten nach ihrem Gründungskongress im September 1848 zwei weitere selbstständige Provinzialkongresse im Dezember 1848 und im Januar 1849 durch, auf denen eindeutig für die Demokratie Partei genommen und die Wahl demokratischer Kandidaten empfohlen wurde. Die Rustikalvereine waren 1849 über Kreisorganisationen provinzwweit durchorganisiert. Sie erwiesen sich dank der Verknüpfung sozialer Interessen einer eigentumsorientierten Bauernschaft mit politischen Forderungen demokratischer Provenienz als politisch funktionsfähig, und sie behielten bis zum Ende der Revolution auch eine zentrale Leitung für die ganze Provinz.